

**Der Grosse Rat
des Kantons Bern**

**Le Grand Conseil
du canton de Berne**

Dienstag (Vormittag), 7. September 2021 / Mardi matin, 7 septembre 2021

Finanzdirektion / Direction des finances

20 2021.RRGR.120 Bericht GR

Beizug von externen Expertinnen und Experten. Ergebnisse der Abklärungen durch die Geschäftsprüfungskommission

20 2021.RRGR.120 Rapport GC

Recours à des expertes et des experts externes. Résultats des investigations de la Commission de gestion

Le président. Je salue la présence de Mme la présidente du gouvernement Beatrice Simon et de ses collaborateurs.

Nous en sommes donc à l'affaire du point numéro 20 de l'ordre du jour. Il s'agit d'un rapport. La CGes propose d'en prendre connaissance. Le débat est libre. Je laisse la parole sans tarder au président de la commission, M. le député Siegenthaler.

Peter Siegenthaler, Thun (SP), GPK-Sprecher. Wir fangen jetzt an mit der Beratung eines von drei Berichten, die Ihnen die GPK in dieser Session zur Beurteilung zuführt. Dieses Mal geht es um den Beizug externer Expertinnen und Experten. Die Resultate liegen Ihnen in einem 19-seitigen Bericht vor. Ich gehe davon aus, dass Sie ihn auch angeschaut haben.

Ich möchte mich zuerst ganz herzlich bei der Verwaltung und auch bei der Regierung bedanken, weil wir in diesem Geschäft und in diesem Bericht eine sehr konstruktive Zusammenarbeit hatten. Das kann man nicht für alle Berichte behaupten, die Ihnen die GPK jetzt noch zuführt. Herzlichen Dank dafür.

Die kantonale Verwaltung zieht für die Erfüllung ihrer Aufgaben immer und immer wieder externe Beratungsdienstleistungen hinzu. Erhebungen zu den Einsätzen solcher Expertinnen und Experten gibt es bis anhin kaum oder nicht, auch weil die dazu nötigen Auswertungsinstrumente fehlen. Die GPK kam im Rahmen ihrer Oberaufsicht denn auch in Kontakt mit Fällen, in denen der Kanton Bern für bestimmte Dienstleistungen Mandate an Externe vergeben hat. Nicht zuletzt auch aufgrund des Bekanntwerdens der finanziellen Dimension dieser externen Vergaben – der Kanton Bern gilt jährlich mindestens 30 Mio. Franken aus – schien es der GPK daher wichtig, diesen Bereich einmal vertieft durch die Finanzkontrolle überprüfen zu lassen.

Im Fokus standen die Aufträge an Dritte, bei denen die personellen Ressourcen zur Unterstützung des bestehenden Kantonspersonals eingekauft wurde. In einer Sonderprüfung zum Beizug externer Expertinnen und Experten kam die Finanzkontrolle zu verschiedenen Feststellungen. Die GPK hat daraufhin entschieden, diese in Schlussfolgerungen und im Rahmen eines Berichts festzuhalten und dabei eine politische Würdigung vorzunehmen.

Wir orten primär in drei Bereichen Handlungsbedarf: erstens, mehr Einsatz von Eigenleistungen und damit weniger von Dritten. Die Kommission stellte fest, dass der Kanton Bern über keine gesamtkantonale Strategie verfügt, wie mit dem Einsatz von Dritten umgegangen werden soll. Aus Sicht der Kommission ist es zentral, dass dies definiert wird und dass dabei der Grundsatz gelten muss, mehr auf Eigenleistungen zu setzen und den Einsatz Dritter so weit als möglich zu reduzieren. Das Kantonspersonal muss mehr Eigenverantwortung übernehmen, übernehmen dürfen und in zentralen Aufgaben selber ausüben.

Zum Zweiten: eine klare Vorgabe für die Vergabepaxis, wenn es dann externe Expertinnen und Experten braucht. Wird die Vergabe von einem Auftrag an Dritte in Betracht gezogen, fehlen momentan klare Vorgaben dazu, worauf sich so ein Entscheid abstützt. Zusätzlich zur Strategie, wie grundsätzlich mit diesem Einsatz umgegangen werden soll, braucht es aus Sicht der Kommission so-

mit sogar Vorgaben für die Vergabepraxis. Es muss klar sein, welche Bedingungen erfüllt sein müssen, damit ein Auftrag extern vergeben werden kann. Andernfalls besteht das Risiko, dass der Einsatz von externen Beratungen sehr unterschiedlich und zum Teil halt auch unwirtschaftlich erfolgt. Bevor externe Aufträge vergeben werden, braucht es somit eine angemessene Wirtschaftlichkeitsberechnung mit Kosten- und Nutzenüberlegungen.

Dabei darf ich auch feststellen, dass die Kommission in keiner Art und Weise der Meinung ist, dass es keine externen Beratungsdienstleistungen brauche. Es kann durchaus bereichernd sein, wenn in einem Geschäft eine Sicht von aussen den kantonalen Mitarbeitenden auch wertvolle Impulse gibt.

Und zum Dritten: Im Kanton Bern gibt es keine gesamtstaatlichen Prozesse für die Steuerung, Koordination und vor allem für die Kontrolle über die abgeschlossenen Dienstleistungsverträge mit Dritten. Eine wichtige Grundlage, um dies überhaupt zu ermöglichen, sind eine einheitliche IT-Systemlandschaft und eine saubere Datenstruktur.

Im Weiteren erkennt die Kommission die Notwendigkeit für eine zentrale Beschaffungsstelle für Dienstleistungsaufträge, damit Synergien genutzt und somit Kosten eingespart werden können. Die GPK schlägt zudem vor, einen Pool von Fachspezialisten und Fachspezialistinnen einzurichten, um auf der einen Seite mit bestehenden Personalressourcen den gesamtstaatlichen Austausch zu ermöglichen und andererseits mit zusätzlichen internen Expertinnen und Experten mehr auf Eigenleistungen zu setzen, mit denen ich mich schon auseinandergesetzt habe. Schliesslich ist es auch wichtig, dass der Kanton einen gesamtstaatlichen Kontrollmechanismus einführt.

Die Überprüfung, liebe Kolleginnen und Kollegen, hat gezeigt, dass die Kosten für externe Expertinnen und Experten seit dem Jahr 2016 innerhalb dreier Jahre um rund 29 Prozent zugenommen haben. Damit die Ausgaben nicht weiter sukzessive zunehmen, muss der Regierungsrat reagieren. Den dringenden Bedarf, oder den dringendsten Bedarf, verortet die Kommission bei der Erarbeitung einer gesamtkantonalen Strategie zum Umgang mit dem Einsatz von Dritten sowie bei der Definition klarer Vorgaben für die Vergabepraxis. Gesamtstaatliche Kontrollprozesse, die auf einer einheitlichen Systemlandschaft und Datenstruktur basieren, sind schliesslich zentral, um Erkenntnisse zu gewinnen, um die Vorgaben zur Vergabepraxis stetig zu verbessern.

In unserem Bericht legen wir Ihnen sieben Empfehlungen vor. Die GPK empfiehlt Ihnen einstimmig, diesen Bericht zur Kenntnis nehmen und damit auch den Empfehlungen zu folgen.

Haşim Sancar, Bern (Grüne), Fraktionssprecher. Die grüne Fraktion dankt der GPK für den guten und klaren Bericht zur Auftragsvergabe an externe Expertinnen und Experten und nimmt den GPK-Bericht mit deren Empfehlungen zustimmend zur Kenntnis. Leider stellt die grüne Fraktion auch fest, dass beim Regierungsrat keine Gesamtstrategie betreffend die Auftragsvergabe an Externe existiert und es keine klaren Vorgaben für die Auftragsvergabepraxis gibt – wie es die GPK in ihrem Bericht feststellt.

Wir finden es fragwürdig und problematisch, wenn innerhalb von drei Jahren das Volumen der an externe Fachpersonen gegebenen Aufträge um fast ein Drittel steigt und dies die kantonale Staatskasse mit 30 Mio. Franken belastet. Das ist zu viel. Das ist zu inflationär. Die grüne Fraktion denkt, dass es viele Aufgaben gibt, die intern in der Verwaltung erledigt werden können und sollen. Natürlich ist es die Aufgabe eines Regierungsrates, dies zu organisieren. Da der Grosse Rat immer wieder mehr und mehr Stellenabbau verlangt, sind auch wir für diese massive Kostensteigerung verantwortlich. Es ist aber auch die Aufgabe des Regierungsrates, sich gegen Stellenabbau zu wehren und auf die Wunde hinzuweisen, dass dieser Abbau Folgekosten verursachen würde.

Wir stimmen dem Bericht zur Vergabe an externe Expertinnen zu und unterstützen die Empfehlungen der GPK. Sie verlangt vom Regierungsrat neben einer Strategie für den Umgang mit der Auftragsvergabe an externe Fachpersonen, dass er vermehrt auf eigene, interne Ressourcen setzen soll. Die Vergaben an Externe müssen nach klaren Vorgaben erfolgen. Wir unterstützen auch die Empfehlung, dass der Regierungsrat einen Leitfaden festzulegen hat, bevor er externe Experten bezieht. Es sollte geprüft werden, ein zentrales Beschaffungswesen und einen Pool mit Fachpersonen einzurichten und die Vor- und Nachteile gut analysiert und umgesetzt werden, soweit es effizient und möglich ist.

Die grüne Fraktion nimmt den GPK-Bericht zustimmend zur Kenntnis.

Tom Gerber, Reconvilier (PEV), porte-parole de groupe. Certainement, le rapport de la CGes ne crée pas de grosses vagues, ne fait pas état de graves manquements d'une Direction ou d'un Office – rapport qui ne va certainement pas faire les premières pages dans les journaux. Et pourtant, ce rapport contient des éléments qui me et qui nous paraissent très importants et qui ont des conséquences à long terme.

L'utilité de confier des mandats à des tiers externes n'est pas contestée. Elle n'est pourtant pas toujours opportune. Les mandats confiés à des tiers coûtent cher, mais ce n'est pas la seule problématique. Parfois, il est nécessaire d'aller chercher des compétences que le canton ne possède pas ou ne peut pas posséder à l'interne. Cependant, il y a aussi des situations dans lesquelles le fait de confier des mandats à des tiers revient à renoncer à acquérir, revient à renoncer à construire des compétences à l'interne qui seraient nécessaires, importantes, voire indispensables dans une entreprise cantonale d'environ 13 000 employés, soit 10 400 en équivalents plein temps. Mais oui, Mesdames et Messieurs, le canton n'est plus une PME. Une entreprise de cette taille et aussi de cette complexité se doit d'être dotée de certaines compétences – et il n'est pas toujours bon, judicieux et rentable à long terme de les déléguer à l'extérieur.

Le groupe évangélique salue le travail de la CGes, soutient ses recommandations et prend ainsi connaissance à l'unanimité de ce rapport.

Annegret Hebeisen-Christen, Münchenbuchsee (SVP), Fraktionssprecherin. Wieso hat sich die GPK veranlasst gesehen, eine solche Überprüfung bei der Finanzkontrolle überhaupt in Auftrag zu geben? Wir haben es bereits gehört, ausschlaggebend waren die finanziellen Dimensionen, und so war es für die GPK dann auch Fakt genug, um diesen Bereich vertieft durch die Finanzkontrolle prüfen zu lassen.

Mit Erstaunen nahm die SVP-Fraktion die Entwicklung der Kosten externer Dienstleistungen zur Kenntnis. Bereits die Ausgaben für externe Mandate in der Höhe von etwa 34 Mio. Franken per annum in den Jahren 2010 bis 2015 erscheinen uns hoch, aber der Anstieg der Kosten für Beratungsdienstleistungen seit dem Jahr 2016 um 29 Prozent auf 43 Mio. Franken hat uns dann sprachlos gemacht.

Natürlich ist es uns bewusst, dass die kantonale Verwaltung nicht ohne Beizug externer Beratenden auskommt. Es ist uns auch bewusst, dass vor allem auch die IT-Projekte einen grossen Teil dieser Kosten verursachen. Trotzdem scheint uns der Betrag von 43 Mio. Franken sehr stolz. Wir teilen die Ansicht der GPK, dass in der Verwaltung ein Umdenken stattfinden muss und vermehrt auf Eigenleistungen gesetzt werden soll.

Zu den Feststellungen und Empfehlungen aus der GPK: Mehr Eigenleistungen weniger Einsätze Dritter – uns ist klar, dass der Einsatz von Experten auch Chancen für die Mitarbeitenden der Verwaltung bieten kann. Dritte können frischen Wind hineinbringen, Betriebsblindheit vorbeugen oder ein «Out of the Box»-Denken fördern. Einsätze von Dritten sind zeitlich befristet, Dritte können projektbezogen eingesetzt werden und können temporär entlasten. Das grösste Risiko aus unserer Sicht sind aber die Kosten. Man kann im Bericht lesen, dass die Kosten für externe Dienstleistungen um 80 bis 150 Prozent höher sind, als wenn die gleichen – die gleichen! – Dienstleistungen von internen Mitarbeitenden erbracht werden. Das lässt aufhorchen.

Wir erachten es nicht als zielführend, wenn Know-how extern bleibt und immer wieder abgerufen werden muss. Es wäre effizienter, Wissen und Erfahrung bzw. Schlüsselkompetenzen intern aufzubauen und sie dann auch in eigener Hand zu behalten. Die Devise sollte lauten: So viel wie möglich selber leisten, und so wenig wie nötig extern einkaufen.

Zu klaren Vorgaben für die Vergabepaxis: Gemäss Abklärungen der Finanzkontrolle ist es eher willkürlich, nach welchen Kriterien die Direktionen Mandate an Externe vergeben. Die SVP-Fraktion ist deshalb auch der Ansicht, dass es eine gesamtkantonale Strategie braucht, das heisst: es müssen einheitliche, gesamtkantonale Kriterien für den Beizug Dritter definiert werden. Klare Vorgaben für die Vergabepaxis sind unumgänglich. Der Regierungsrat anerkennt also den Handlungsbedarf betreffend die Empfehlungen 1 bis 3, was wir sehr begrüssen.

Zur Zentralisierung von Steuerung, Koordination und Controlling: Dass heute keine gesamtsstaatlichen Prozesse für die Steuerung, Koordination und Kontrolle für abgeschlossene Mandatsverträge

bestehen, ist einmal mehr – ja, einmal mehr leider – auf die fehlenden Datenstrukturen und die verschiedenen Systeme zurückzuführen. Also muss die Vereinheitlichung der Systemlandschaft realisiert werden, was gemäss dem Regierungsrat im Rahmen des ERP-Systems – also, nein, des ERP-Projekts, sorry – bis im Jahr 2025 möglich sein sollte.

Die SVP-Fraktion begrüsst auch die Empfehlung 4 und hofft, dass der Regierungsrat raschestmöglich entsprechende Massnahmen zur Umsetzung ergreift. Die Schaffung einer zentralen Beschaffungsstelle für Dienstleistungsaufträge, das Pooling von Fachspezialisten sowie eine Einführung eines Controlling-Mechanismus betreffend die externen Mandate – also die Empfehlungen 5, 6 und 7: Hinter diesen steht die SVP-Fraktion grossmehrheitlich. Es wurden aber auch Stimmen laut, die von einem administrativen Moloch warnen, der die Probleme nicht löst, sondern im Gegenteil alles noch verkompliziert und verteuert.

Die SVP-Fraktion begrüsst vor allem die Empfehlungen 1 bis 4 und erwartet vom Regierungsrat, dass er diese auch umsetzt. Die Empfehlungen 5 bis 7 sind doch eher Zukunftsmusik. Die SVP-Fraktion wird den Bericht samt Empfehlungen grossmehrheitlich zur Kenntnis nehmen und dankt der GPK für diesen Bericht.

Andrea Zryd, Magglingen (SP), Fraktionssprecherin. Meine Vorrednerin sprach jetzt gerade ganz ausführlich zu diesem Bericht. Die SP kann einen grossen Teil unterstützen. Wir sind sehr froh, dass dieser Bericht überhaupt entstanden ist. Er war wichtig, und es hat doch auch etliche Erkenntnisse daraus gegeben. Es ist für uns klar, dass die SP diesen Bericht annehmen – also zur Kenntnis nehmen – wird und ebenfalls die sieben Handlungsempfehlungen.

Der zentrale Punkt für uns ist, dass es eine Gesamtkostenstrategie geben sollte. Es ist ganz wichtig, dass zukünftig ein Pool von Fachleuten intern klärt, ob man überhaupt externe Fachleute braucht oder ob man es allenfalls auch mit interner Expertise abdecken kann. Dies gilt vorwiegend im IT-Bereich, der – wie wir vorhin gehört haben – enorme Kosten verursacht, was ein bisschen auch klar ist. Wir monierten aber doch auch schon mehrmals, dass wir es manchmal nicht so gut nachvollziehen können.

Ich denke ganz persönlich, dass es oft auch einfacher ist, wenn man intern eine Fachperson hat, die dann eben auch schnell helfen kann, wenn man IT-Probleme hat – um das Ganze an einem Beispiel aufzuhängen. Selbstverständlich darf es auch für externe Fachleute Platz haben, wenn nötig – das ist ganz klar. Wichtig ist, dass die Kosten gegenübergestellt werden und man letztlich einfach die qualitativ beste Lösung für den Kanton findet.

In diesem Sinne bitten wir Sie, diesen Bericht zur Kenntnis nehmen und auch bei den Handlungsempfehlungen mitzuziehen.

Beatrice Eichenberger, Biglen (Die Mitte), Fraktionssprecherin. Die Fraktion Die Mitte bedankt sich bei der GPK und allen Beteiligten für diesen Bericht. Der Bericht der GPK zum Beizug externer Experten ist eine übergeordnete Gesamtsicht über drei Jahre hinweg. Bei komplexen, zeitlich befristeten Projekten wird es auch weiterhin nötig sein, externe Experten und Spezialisten beizuziehen. Da brauchen wir uns nichts vorzumachen. Das haben wir gerade im Fall der Digitalisierung hier im Saal in Auftrag gegeben bzw. auch ausgelöst. Die Kommission fordert mehr Eigenleistungen, klare Vergaben für die Vergabepraxis – Vorgaben für die Vergabepraxis, Entschuldigung – inklusive Kosten-/Nutzenüberlegungen und eine zentrale Steuerung und Koordination für den Beizug externer Experten. Die Mitte-Fraktion anerkennt dies und nimmt der Bericht samt den Empfehlungen einstimmig zur Kenntnis.

Hans Rudolf Vogt, Rüfenacht BE (FDP), Fraktionssprecher. Es wurde schon viel zu diesem Bericht gesagt. Ich probiere, kurz noch einmal die wichtigsten Punkte zu erwähnen.

Die GPK hat der Finanzkontrolle den Auftrag gegeben, den Beizug von Experten in der Kantonsverwaltung im Rahmen einer Sonderprüfung zu analysieren. Die Finanzkontrolle hat festgestellt, dass die Ausgaben in diesem Bereich innert drei Jahren um 29 Prozent angestiegen sind. Gestützt auf die Erkenntnisse der Finanzkontrolle hat die GPK diesen Bericht erstellt und festgestellt, dass im Kanton Bern diesbezüglich eine Strategie fehlt. Aus Sicht der Kommission ist es wichtig, dass

eine Strategie definiert wird. Zusätzlich braucht es klare Vorgaben – Vorgaben zur Vergabe von Aufträgen. Es muss klar sein, welche Kriterien gelten, wenn der Kanton externe Aufträge vergibt. Die GPK hat im Bericht dem Regierungsrat sieben Empfehlungen unterbreitet und ihn aufgefordert, bis im Frühling 2022, der Kommission Rechenschaft über den Umsetzungsstand abzulegen. Die FDP empfiehlt, den Bericht mit den Empfehlungen zur Kenntnis zu nehmen.

Martin Egger, Frutigen (glp), Fraktionssprecher. Dieser Bericht wurde von unserem Präsidenten sehr ausführlich vorgeführt. Deshalb kann ich mich kurzhalten. Die Glp-Fraktion dankt der GPK bestens für die fachgerechte Untersuchung. Es ist für uns ein Bereich, für den es wirklich einmal an der Zeit war, dass man ihn hier untersucht. Es ist gut, dass die GPK den Handlungsbedarf erkannt hat. Deshalb unterstützen wir die Empfehlungen der GPK voll und ganz und nehmen den Bericht zur Kenntnis.

Johann Ulrich Grädel, Schwarzenbach BE/Huttwil (EDU), Fraktionssprecher. Wir von der EDU nehmen den ausführlichen Bericht dankend zur Kenntnis. Wir hoffen, dass der Grosskonzern Verwaltung mit seinen vielen verschiedenen Spezialistinnen und Spezialisten in den kommenden Jahren besser zusammenarbeiten wird – auch zwischen den verschiedenen Direktionen – und dass dadurch weniger externe Berichte, Gutachten und Vergaben gemacht werden müssen. Wir denken, dass von allen Mitarbeitern mehr Eigenverantwortung gefragt ist und nehmen diesen Bericht dankend zur Kenntnis.

Regina Fuhrer-Wyss, Burgistein (SP), Einzelsprecherin. Es ist sehr erfreulich, dass dieser Bericht von allen Seiten positiv zur Kenntnis genommen wird. Es ist erfreulich, dass auch die Empfehlungen der GPK von Ihnen aufgenommen und unterstützt werden. Alle Redner und Rednerinnen forderten mehr Eigenleistung im Kanton zu erbringen, um weniger externes Wissen einkaufen zu müssen. Mir ist es ein Anliegen hier im Saal auch noch klar zu sagen, dass dies bedeutet, dass wir in der Verwaltung mehr Ressourcen brauchen. Es ist klar, wir wollen das externe Expertenwissen durch den Aufbau von Fachwissen in unserer Verwaltung ablösen. Das können wir aber nicht zum Nulltarif haben. Es ist klar: Das Ziel muss eine Kostensenkung sein, damit man die 43 Mio. Franken herunterbringt. Wenn wir dieses Wissen in der Verwaltung haben wollen, kostet das auch einfach etwas. Da können wir nicht einfach sparen und abbauen.

Beatrice Simon, FIN-Direktorin. Der Regierungsrat hat den Bericht der GPK zur Kenntnis genommen und beabsichtigt auch, einzelne im Bericht aufgeführte Empfehlungen umzusetzen. Ich komme dann gleich anschliessend dazu.

Ich möchte aber vorab etwas sagen zum Thema Kostenentwicklung. Die GPK hält fest, dass sich die erhobenen Kosten für Beratungsdienstleistungen im Vergleich der Jahre 2010 und 2015 stabil auf jährlich rund 33 bis 34 Mio. Franken beliefen und anschliessend – und das ist ja auch der Kritikpunkt – sei es innerhalb dreier Jahre zu einem starken Anstieg dieser Kosten auf rund 43 Mio. Franken gekommen. Der Regierungsrat ist ganz klar der Ansicht, dass man hier nicht von einem echten Kostenanstieg sprechen kann, der sich in Zukunft auch immer so weiterentwickeln wird. Der Anstieg ist vielmehr fast ausschliesslich auf die bekannten, konzernweiten und politisch breit abgestützten IT-Projekte wie das ERP-Projekt oder IT@BE zurückzuführen. Diese Projekte dienen der gewünschten Zentralisierung und Standardisierung von Prozessen und Aufgaben. Mit diesen strategischen Vorhaben wollen wir ja letztlich auch Einsparungen erreichen. Man kann fast sagen, dass das ERP-, IT@BE- und weitere Informatikgrossprojekte im Erhebungsjahr 2018 auf Volllast liefen. Der Regierungsrat ist deshalb klar der Meinung, dass wir deswegen nicht von einer starken Kostensteigerungstendenz sprechen oder uns grosse Sorgen machen müssten, weil die Kosten in diesem Fall erklärbar sind und sich zukünftig auch reduzieren werden.

Ich komme zu den einzelnen Punkten: Sie konnten lesen, wie sich der Regierungsrat zu den einzelnen Empfehlungen stellt. Ich fasse deshalb die Haltung der Regierung anhand der drei Stossrichtungen im Bericht kurz zusammen. Die GPK wünscht sich mehr Eigenleistung und weniger Einsätze Dritter. Ja, liebe Grossrätinnen und Grossräte, dem kann sich die Regierung im Grundsatz voll und

ganz anschliessen. Wenn man etwas selbst macht, ist es natürlich normalerweise günstiger, als wenn wir noch zusätzliche die Marge einer Firma bezahlen müssen. Es ist auch nachhaltiger, weil das Know-how in der Verwaltung bleibt. Aber es ist halt so, dass das nicht immer geht. Es gibt Aufgaben, die so spezialisiert sind, dass es sich nicht lohnt, nur für genau diese Aufgaben Leute anzustellen. Manchmal können wir halt auch einfach Leute nicht bezahlen, weil wir in diesem Lohnbereich nicht mit dem Bund und der Privatwirtschaft mithalten können.

Die GPK fordert weiter klare Vorgaben für die Vergabepraxis. Das sieht der Regierungsrat genau gleich wie die GPK. Auch diese Vorgaben werden wir erarbeiten. Ich werde voraussichtlich im Frühling den Regierungsrat mit entsprechenden Vorschlägen befassen.

Nicht ganz gleicher Meinung wie die GPK ist die Regierung im dritten Punkt. Die GPK fordert, dass wir die Steuerung, Koordination und das Controlling zentralisieren sollen. Selbstverständlich braucht es ein Controlling im Sinne einer gemeinsamen Datengrundlage, weil wir diese Übersichten ja brauchen, um das Bündelungspotenzial und bessere Konditionen realisieren zu können. Und ja, heute fehlen uns die entsprechenden Werkzeuge, aber mit ERP werden wir diese Themen angehen. Eine zentrale Beschaffungsstelle für alle Dienstleistungen ist aber nach Meinung der Regierung nur dann möglich – und vor allem auch zielführend... Und es ist eben auch nicht immer ganz praktisch und auch aus politischen Gründen auch nicht immer so schnell, schnell realisierbar.

Die verschiedenen zentralen Beschaffungsstellen in der Kantonsverwaltung haben wir eingeführt, um gleichartige Leistungen kantonsweit zu bündeln und sie nachher auch zu beschaffen. Aber eben: Gerade bei Beratungsdienstleistungen – und darum geht es der GPK vor allem –, ist eine solche Bündelung nicht möglich oder *nicht in jedem Fall* möglich, weil die Anforderungen an eine Beraterin für Systemarchitektur eines IT-Systems eine ganz andere ist als für einen Berater, z. B. im Zusammenhang mit Verkehrsplanung. Diese Leute können wir nicht alle mit einer Ausschreibung alle fünf Jahre zusammen beschaffen, wie wir es mit Autos oder Möbeln machen können. Man beschafft sie dann, wenn wir sie für ein Projekt brauchen.

Ich persönlich bin auch politisch eher skeptisch, weil ja jedes Regierungsmitglieds seine Direktion in eigener Verantwortung führt. Dazu gehört es auch, die Verantwortung dafür, dass die richtige externe Unterstützung zur richtigen Zeit angefordert wird oder dass man es eben mit internen Leuten realisiert. Wenn also z. B. der Gesundheitsdirektor in der Coronakrise plötzlich innerhalb eines Tages eine Test- oder Impf-Infrastruktur auf die Beine stellen muss, will er sicher nicht davon abhängig sein, dass man zuerst eine zentrale Stelle anfragen muss – vielleicht haben die dann auch gerade gar nicht die Zeit –, sondern er will es selbst in die Hand nehmen und umsetzen. Das ist auch richtig so. Es wäre nicht gut, wenn die Fachverantwortlichen diese Verantwortung abschieben würden, wenn dann plötzlich sogar einmal ein Projekt schief laufen würde.

Aus ähnlichen Gründen sind wir seitens der Regierung auch gegen die Idee eines Fachspezialistenpools. Wir sind sehr skeptisch, weil das Anliegen sich nicht einfach umsetzen lässt, da die einzelnen Aufgaben doch sehr unterschiedlich sind.

Ich danke Ihnen, wenn Sie diesen Bericht zur Kenntnis nehmen. Sie haben jetzt gehört, wie ihn die Regierung umsetzen wird.

Le président. Nous allons voter ; nous sommes à l'affaire du point numéro 20 de l'ordre du jour : les député-e-s qui acceptent de prendre connaissance de ce rapport votent oui, celles et ceux qui refusent votent non.

Abstimmung / Vote

20 2021.RRGR.120: Kenntnisnahme / prise de connaissance

Annahme / Adoption

Ja / Oui	146
Nein / Non	2
Enthalten / Abstentions	1

Le président. Vous avez accepté de prendre connaissance de ce rapport.